

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 15.02.2018,
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:05 Uhr
Ende: 18:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Dr. Kai Zwicker Landrat

Mitglieder:

Barbara Büscher Stadtlohn
Magdalene Garvert Rhede
Otger Harks Stadtlohn
Volker Jürgen Himmel Gronau
Markus Jasper Heek
Anne König Borken

Vertretung für Herrn Ludger
Konrad, ab TOP 2

Elisabeth Lindenhahn Raesfeld
Gerhard Ludwig Borken
Markus Schulte Gronau
Silke Sommers Bocholt
Jens Steiner Heek
Gerti Tanjsek Bocholt
Jörg von Borczyskowski Gronau
Christel Wegmann Rhede
Gertrud Welper Vreden
Stephan Strestik Gronau

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster Kreisdirektor
Dr. Elisabeth Schwenzow Verwaltungsvorstands-
mitglied
Hubert Grothues Ltd. Kreisbaudirektor
Wilfried Kersting Kreiskämmerer
Michael Weitzell
Karlheinz Gördes
Markus Prangenberg
Katharina Geuking
Kerstin Ritzenhöfer

Es fehlen entschuldigt:

Ludger Konrad Stadtlohn

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Dr. Zwicker eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Er weist auf die nachgereichten Unterlagen hin.

Einwendungen gegen die Tagesordnung der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil**Punkt 1: Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 07.12.2017**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 07.12.2017 wird genehmigt.

**Punkt 2: Verabschiedung der Haushaltssatzung 2018
Vorlage: 0020/2018/KREIS**

Berichterstatter: Landrat Dr. Kai Zwicker
Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Kreiskämmerer Kersting erläutert anhand der Vorlage die Änderungen im Haushaltsplan, die sich seit der Einbringung des Haushaltsentwurfs im Dezember 2017 ergeben hätten.

Kreisausschussmitglied Lindenhahn bittet um Informationen zu Neueinstellungen von Personen in befristete Arbeitsverhältnisse ohne Sachgrund. Zudem wünscht sie einen Sachstandsbericht zur Ausbildungssituation. Schließlich bittet sie um Mitteilung, warum im Stellenplan die Zahl der Aushilfen im Rahmen von Minijob-Verhältnissen gegenüber dem Vorjahr um 10 ansteigen soll.

Landrat Dr. Zwicker schlägt vor, dass die Personalverwaltung in einer der nächsten Sitzungen über die Personalentwicklung der Kreisverwaltung berichten solle. Dabei sollten auch die vorgenannten Fragestellungen erörtert werden. Zur Zahl der Aushilfen sagt er eine Information mit dem Protokoll zu.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Aushilfskräfte wurden bislang überwiegend in den Fachbereichen 32 – Sicherheit und Ordnung (Unterstützung bei Abschiebungen) sowie 36 – Verkehr (Geschwindigkeitskontrollen und Fahrzeugführerermittlung) eingesetzt. Mit der Eröffnung des Kult wurden knapp 10 Aushilfen eingestellt, um die notwendige Flexibilität beim Besuchermanagement zu gewährleisten.

Einvernehmlich werden die Änderungsliste (Anlage 1) und die Änderungen des Stellenplans (Anlage 2) ohne Beschlussempfehlung an die kommende Kreistagssitzung verwiesen.

Sodann werden die Haushaltsanträge der Fraktionen und Gruppen anhand der Antragsliste mit Stand vom 07.02.2018 beraten (Anlage 3 zur Vorlage).

Antrag 01-01 „Trägerunabhängige flächendeckende Pflegeberatung“

Für die SPD-Fraktion erklären Kreisausschussmitglieder Lindenhahn und Ludwig, der Antrag bleibe nach der Beratung im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit bestehen. Die Pflegeberatung weise derzeit erhebliche Defizite auf. Seit Jahren würden gleiche Maßnah-

Antrag 05-02 „Zuschuss für das Jazzfest Gronau“

Landrat Dr. Zwicker lässt über den Beschluss im Fachausschuss abstimmen.

einstimmig

→ **Antrag auf die nächste Ausschusssitzung verschoben**

Antrag 06-01 „Umweltpreis Kreis Borken für Naturschutzaktivitäten“

Antrag 06-02 „Insektenschutz vorantreiben“

Landrat Dr. Zwicker erklärt, im Fachausschuss seien die Anträge zurückgezogen worden, nachdem zuvor ein geändert formulierter Ergänzungsvorschlag einstimmig beschlossen wurde. Er lässt sodann über den Beschluss aus dem Fachausschuss abstimmen.

einstimmig

→ **Antrag angenommen**

Antrag 02-01 „Satzung über die Elternbeiträge in Kindertageseinrichtungen“

Für die SPD-Fraktion bekräftigt Kreisausschussmitglied Lindenhahn, die Satzung über die Elternbeiträge in Kindertageseinrichtungen müsse aufgrund der guten Wirtschaftslage im Kreis Borken angepasst werden.

Für die UWG-Fraktion führt Kreisausschussmitglied von Borczyskowski aus, das Thema werde in seiner Fraktion kontrovers diskutiert. Mit dem Antrag gehe eine Erhöhung der Jugendamtsumlage einher. Dennoch werde der Antrag unterstützt, um das Verfahren im gesamten Kreisgebiet einheitlich zu halten. Es sei wichtig, die Finanzierungsfrage grundsätzlich zu klären.

Für die CDU-Fraktion erwidert Kreisausschussmitglied Jasper, die Suche nach einem Betreuungsplatz sei bereits jetzt eine große Belastung für die Eltern. Da dürfe nicht noch ein finanzieller Wettbewerb zwischen den Kindertageseinrichtungen hinzukommen. Auch würden schon derzeit Geschwisterkinder grundsätzlich beitragsfrei betreut werden. Werde der Antrag der SPD-Fraktion so beschlossen, würde den Eltern und Trägern die Planungssicherheit genommen, denn die Kindergartenanmeldungen für das Kindergartenjahr 2018/2019 seien bereits abgeschlossen. Darüber hinaus sei zu erwarten, dass sich bei einer solchen Anpassung das Buchungsverhalten der Eltern ändern werde. Es werde nicht mehr nach Bedarf gebucht, sondern möglichst die volle Betreuungsdauer beansprucht. Dadurch werde die Knappheit an Betreuungsplätzen noch größer.

Kreisausschussmitglied Welper erklärt für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen, im Vordergrund der Diskussion solle das Wohl der Betroffenen stehen. Daher wünsche sie sich, in der Bürgermeisterkonferenz eine gemeinsame Lösung zu finden. Grundsätzlich unterstütze sie aber den Antrag der SPD-Fraktion.

Kreisdirektor Dr. Hörster stellt dar, der Kreistag habe sich in der Vergangenheit einmütig für eine Anhebung der Gebühren ausgesprochen, da über die Elternbeiträge nur rund 10 % der Kosten gedeckt worden seien. Zudem habe der Kreis Borken derzeit bekanntermaßen die kostengünstigste Regelung im gesamten Münsterland.

Kreisausschussmitglied Strestik fragt für die Gruppe Die Linke/Piraten, ob derzeit zwischen den Kindertageseinrichtungen der Kommunen Wettbewerb stattfinde.

Kreisdirektor Dr. Hörster antwortet, als die Regelung über die Elternbeiträge kreisweit noch einheitlich war, habe keine Verrechnung der Jugendämter untereinander stattgefunden. Derzeit finde zwischen den Jugendämtern eine gegenseitige Verrechnung statt.

8 Ja-Stimmen

9 Nein-Stimmen

→ **Antrag abgelehnt**

Antrag 12-01 „Elektromobilität im Fuhrpark des Kreises Borken erhöhen“

→ **ohne Beschlussempfehlung weitergegeben**

Beschluss: ohne Beschlussempfehlung weitergegeben

Punkt 3: Straßenbericht 2018 und Hochbaubericht 2018
Vorlage: 0019/2018/KREIS

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:
Dem Straßenbericht 2018 und dem Hochbaubericht 2018 wird zugestimmt.

Punkt 4: Aktuelle Flüchtlingssituation
Vorlage: 0010/2018/KREIS

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

Landrat Dr. Zwicker verweist auf die Vorlage und erklärt, er habe die Spitzen der Fraktionen und Gruppen frühestmöglich in die Interessensbekundung für die Ansiedlung der Zentralen Ausländerbehörde am Standort Gronau eingebunden. Ausdrücklich dankt er für die daraufhin erfolgten zustimmenden Signale. Gern stehe er jederzeit für eventuell noch offene Fragen zur Verfügung.

Kreisdirektor Dr. Hörster führt ergänzend zur Vorlage aus, im Ausschuss für Bildung und Schule sei über den aktuellen Sachstand zum Kommunalen Integrationszentrum berichtet worden. Weiterhin sei im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt thematisiert worden. In den nächsten Wochen würden rund 220 Zuweisungen erwartet werden.

Der Sachstand zur aktuellen Flüchtlingssituation wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5: Flächenerweiterung des Naturparks Hohe Mark – Westmünsterland
Vorlage: 0294/2017/KREIS/1

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag stimmt der in der Sachdarstellung beschriebenen Flächenerweiterung des „Naturparks Hohe Mark – Westmünsterland“ auf der Fläche des Kreises Borken zu. Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Ausweisung der Flächen als Naturparkflächen durch das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen.

Aus formalen Gründen vom Ministerium initiierte kleinere, nicht wesentliche Flächenänderungen der nachfolgenden Darstellung sind mit diesem Beschluss abgedeckt.

Punkt 6: Verabschiedung der Entgeltordnung kult
Vorlage: 0374/2017/KREIS/1

Berichterstatte: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Entgeltordnung für das kult wird zugestimmt.

Punkt 7: Fortschreibung des Nahverkehrsplans - Anpassung von Liniensteckbriefen im Bündel BOR 7
Vorlage: 0037/2018/KREIS

Berichterstatte: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow
Dr. Gerswid Altenhoff-Weber

Landrat Dr. Zwicker erläutert, aufgrund der bereits von der Stadt Borken erfolgten Zustimmung zum Linienbündel Borken sei die Beschlussvorlage geändert worden und der Zustimmungsvorbehalt könne entfallen.

Sodann lässt Landrat Dr. Zwicker über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag beschließt, das Fahrplangebot auf

der Linie R 21
der Linie 721
der Linie 724
und der Linie 754

gemäß den als Anlage beigefügten Liniensteckbriefen anzupassen. Die angepassten Liniensteckbriefe werden Bestandteil des Zweiten Nahverkehrsplans Borken.

Die Linie 754 soll dann die Bezeichnung R 54 erhalten.

Die Verwaltung wird beauftragt, das wettbewerbliche Verfahren des Linienbündels Borken einzuleiten.

Punkt 8: Fortschreibung des Nahverkehrsplans – Anpassung Linienkonzept der RVN 61 und Aufnahme in Linienbündel BOR 9
Vorlage: 0038/2018/KREIS

Berichterstatterinnen: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow
Dr. Gerswid Altenhoff- Weber

Landrat Dr. Zwicker weist darauf hin, der Beschlussvorschlag zu 1. sei redaktionell angepasst worden.

Sodann lässt er über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: 15 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Der Kreistag stimmt dem beigefügten Liniensteckbrief und Fahrplangerüst als Grundlage für die Vorabbekanntmachung der Vergabe der Linie RVN 61 zu und beauftragt die Verwaltung, das wettbewerbliche Verfahren einzuleiten. Die Linie soll die Bezeichnung R 53 erhalten.
2. Der Kreistag stimmt der Aufnahme der Linie RVN 61 in das Linienbündel **BOR 9** zu. Dieser Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass die Federführung für die Linie 61 auf den Kreis Borken übergeht.
3. Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, die Zuständigkeit für die Linie 61 und die Finanzierung dieser Verkehrsleistungen in einer Vereinbarung mit dem Kreis Kleve zu regeln.
4. Die Verwaltung wird beauftragt darauf hinzuwirken, dass eine durchgängige Verbindung bis Rees-Empel Bf. gesichert ist.
5. Im Falle einer Teilung der Linie an der Kreisgrenze wird das beigefügte Linienkonzept B (**Anlage II**) Grundlage für die Vorabbekanntmachung der Linie.

Punkt 9: Beschlusskontrolle
Vorlage: 0212/2017/KREIS

Berichterstatter: Landrat Dr. Kai Zwicker

Fraktionsübergreifend wird erklärt, eine Beschlusskontrolle bringe in der vorgestellten Art und Weise keinen zusätzlichen Nutzen. Landrat Dr. Zwicker stellt Einvernehmen im Kreisausschuss fest, dass auf die Einführung einer Beschlusskontrolle verzichtet wird.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Eine Beschlusskontrolle wird nicht eingeführt.

Punkt 10: Nebentätigkeiten des Landrats Dr. Kai Zwicker
Vorlage: 0034/2018/KREIS

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

Landrat Dr. Zwicker übergibt die Sitzungsleitung an die stellvertretende Landrätin Frau Sommers. An der Beratung nimmt er nicht teil.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag Folgendes:

Der Kreistag nimmt die von Landrat Dr. Kai Zwicker angezeigten Nebentätigkeiten zur Kenntnis.

Punkt 11: Vorbereitung Kommunalwahl 2020: Festlegung der Zahl der in den Kreistag zu wählenden Kreistagsmitglieder gemäß § 3 Kommunalwahlgesetz
Vorlage: 0035/2018/KREIS

Berichterstatter: Landrat Dr. Kai Zwicker

Kreisausschussmitglied von Borczyskowski beantragt für die UWG-Fraktion, die Zahl der in den Kreistag zu wählenden Kreistagsmitglieder auf 54 zu verringern.

Kreisausschussmitglied Strestik stellt für die Gruppe Die Linke/Piraten den Antrag, die Sitzanzahl auf 50 zu reduzieren.

Kreisausschussmitglieder Jasper, Lindenhahn und Welper sprechen sich fraktionsübergreifend dafür aus, auch weiterhin einen Kreistag mit 60 Abgeordneten zu wählen. Da der Kreis Borken ein Flächenkreis sei, seien gute regionale Vertretungen unabdingbar. Auch würden die in den Gremien behandelten Themen immer komplexer, sodass die derzeitige Anzahl an Mandaten passend sei.

Landrat Dr. Zwicker lässt über den Beschlussvorschlag Nr. 1 abstimmen, der für die Kommunalwahl 2020 die Zahl der in den Kreistag des Kreises Borken zu wählenden Kreistagsmitglieder entsprechend der Vorschrift des § 3 Abs. 2 Satz 1 Kommunalwahlgesetz Nordrhein-Westfalen bei 60 Kreistagsmitgliedern, davon 30 in Wahlbezirken, belässt.

Beschluss: 15 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag des Kreises Borken beschließt, 1. für die Kommunalwahl 2020 die Zahl der in den Kreistag des Kreises Borken zu wählenden Kreistagsmitglieder entsprechend der Vorschrift des § 3 Abs. 2 Satz 1 Kommunalwahlgesetz Nordrhein-Westfalen bei 60 Kreistagsmitgliedern, davon 30 in Wahlbezirken, zu belassen.

Punkt 12: Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien

**Punkt 12.1: Antrag auf Umbesetzung; Antrag der SPD-Fraktion v. 14.02.2018
Vorlage: 0051/2018/KREIS**

Berichterstatterin: Elisabeth Lindenhahn

Beschluss: ohne Beschlussempfehlung weitergegeben

Punkt 13: Mitteilungen der Verwaltung

keine

Punkt 14: Anfragen

keine

Landrat Dr. Zwicker schließt die Sitzung.

gez.

Landrat Dr. Kai Zwicker

gez.

Katharina Geuking